

\*(22)

**Verschuldungssituation**

Falls die Volksrepublik eine strikte Kontrolle hinsichtlich der Importe ohne recht erhalten könne, würde sie nicht in eine schwierige Situation hinsichtlich der Rückzahlung der kommerziellen Schulden geraten. Dies war der Tenor eines Berichtes eines westlichen Konsulates in Hongkong. In dem Bericht hieß es, daß die Regulierung der Importe der kritische Faktor bei der Sicherstellung der Devisenreserven zum Ausgleich der Schulden sei. Bislang habe sich die chinesische Regierung als willig und in der Lage gezeigt, die Importe einzuschränken, und zwar unabhängig davon, welche Kosten auf dem Binnenmarkt dies bedeutete oder was die Handelspartner davon dächten. Falls die gegenwärtigen Import- und Exportraten beibehalten werden könnten, sei China in der Lage, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Im ersten Quartal des Jahres 1990 fielen die Importe um 20,2% gegenüber der Vorjahresperiode, während die Exporte um 13,4% anstiegen. Das Sinken der Importe wurde mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Abschwung erklärt sowie mit der scharfen administrativen Kontrolle. Die Exporte hätten von der Abwertung des Yuan (21%) im Dezember 1989 profitiert.

Die Schuldentilgungen (Rückzahlungen und Zinsen) für die nächsten Jahre wurden wie folgt prognostiziert:

Jahr	Mrd.US\$
1990	3,96
1991	4,16
1992	5,41
1993	3,98
1994	3,35
1995	4,04
1996	3,29
1997	2,47
1998	2,37
1999	1,58

Aufgrund der Auswertung einer Vielzahl von öffentlich erhältlichen englisch- und chinesischsprachigen Quellen kam der Bericht zu dem Schluß, daß die Aufnahme von Handelskrediten um 69% im Jahre 1989 auf nur 1,9 Mrd.US\$ sank. Die tatsächliche Summe würde wahrscheinlich jedoch höher sein; exakte Summen sind wegen der nichtoffiziellen Kredite schwer zu nennen.

Die Politik, ein zentrales Kontrollregime über die Auslandskredite zu errichten, bedeutete, daß die meisten kommerziellen Kredite über die spezialisierten staatlich kontrollierten Banken, wie z.B. die Bank of China, abgewickelt wurden. Kredite an Joint Ventures sanken um 70% auf nur 245 Mio.US\$.

Nach dem Massaker des 4.Juni 1989 hatten die Kreditgeber ihre Zinssätze für Kredite an die Volksrepublik um ca. 0,25 Prozentpunkte erhöht, und zwar wegen des erhöhten Risikos. Yen-Kredite sanken, und zwar teilweise wegen des unbeständigen Wechselkurses und teilweise deswegen, weil die japanischen Banken sich hinsichtlich Krediten zurückhielten. Banken der Vereinigten Staaten spielten nur eine geringe Rolle hinsichtlich der Kreditvergabe an China. Italien preschte bei der Bereitstellung von Exportkrediten vor. Die offiziellen Exportfinanzierungen der Italiener betrugen 18% der gesamten Finanzmittel, die die Volksrepublik im Jahre 1989 aus dem Ausland erhielt. (AWSJ, 30.4.1990) -lou-

---

## Binnenwirtschaft

---

\*(23)

**Unterschiedliche Meinungen über Wachstumsraten**

Chinesische Ökonomen schätzen die wirtschaftliche Leistung in der Zeit von 1979 bis 1988 unterschiedlich ein. Einige sind der Ansicht, die wirtschaftliche Effizienz sei verbessert worden, während andere meinen, sie habe sich verschlechtert.

Ein Artikel in der Ausgabe vom 10.April 1990 der Zeitung *Wirtschaftsinformation* analysierte die unterschiedlichen Meinungen. Die Argumentation beziehe sich nicht nur auf die Bewertung der Leistungen, sondern habe auch Bedeutung für den künftigen Weg der Wirtschaft des Landes.

Die erste Gruppe von Ökonomen gründet ihre Einschätzung der Wachstumsrate auf wichtigen wirtschaftlichen Indizes. Von 1979 bis 1988 habe Chinas Nationaleinkommen abzüglich der Inflation jährlich durchschnittlich um 9,2% zugenommen, das sei viel

höher als die 6% während der Zeit von 1953 bis 1979. In den letzten vier Jahren gab es eine höhere Wachstumsrate (10,6%) im Vergleich zu den 8,3% in den davor liegenden vier Jahren.

Auch die Gewinne und die von staatlichen Unternehmen gezahlten Steuern nahmen durchschnittlich jährlich um 7,6% in den zehn Jahren der genannten Periode zu. Während die Zuwachsrate in den ersten sechs Jahren der Periode 3,4% betrug, stieg sie auf 14,2% in den letzten vier Jahren. Die letzten zehn Jahre seien deshalb durch einen beträchtlichen wirtschaftlichen Erfolg gekennzeichnet gewesen.

Jene jedoch, die eine andere Meinung haben, argumentierten, daß wirtschaftliche Ergebnisse in dem Verhältnis von Output zu Input gemessen werden sollten. Im Jahre 1978 betrug das Nationaleinkommen 44% des gesamten Produktionswertes der Gesellschaft. Im Jahre 1984 betrug dieses Verhältnis 42,4%, aber in den folgenden Jahren sank es beträchtlich, nämlich beispielsweise auf 39,4% im Jahre 1988.

Im Jahre 1978 betrug die Gewinnschöpfung industrieller Unternehmen 15,2 Yuan für jede 100 Yuan investierten Kapitals bzw. 24 Yuan Gewinn und Steuern für jede 100-Yuan-Kapital. Im Jahre 1984 betrug das Gewinn/Kapital- und das Gewinn- und Steuern/Kapitalverhältnis fast unverändert, nämlich 15% und 25,1%. Im Jahre 1988 sank die Gewinnrate auf 10,5% und das Verhältnis der Gewinne und Steuern zum Kapital auf 22,6%. Im Vergleich dazu gab es 1966 eine Gewinnrate von 24,5% sowie eine Gewinn- und Steuerrate von 35,2%.

Die Schlußfolgerung besteht darin, daß in der Periode 1979-1988 jene Indizes, die die allgemeinen Ergebnisse der Volkswirtschaft und der Industrieunternehmen widerspiegeln, in den ersten sechs Jahren fast unverändert blieben, jedoch in den letzten vier Jahren sanken.

In dem genannten Artikel hieß es, daß das zweite erwähnte Kriterium ein wirklicheres Bild der Wirtschaftsleistung darstelle. Die höhere Wachstumsrate und die zunehmende wirtschaftliche Stärke der Nation in der Periode 1979-1988 war im wesentlichen durch extensive Entwicklung zustande gekommen, nämlich durch ein vergrößertes Produktionsvolumen. Hinter der hohen Wachstumsrate versteckte sich tatsächlich eine Abnahme der Output-/Input-Relation.

In dem genannten Artikel hieß es weiter, daß in einem großen Land wie China neue Projekte unverzichtbar seien. Hinzugefügt wurde jedoch, daß zur Verbesserung der wirtschaftlichen Effizienz bestehender Unternehmen man sich auf verbesserte Verwaltung und Technologie konzentrieren solle, denn auf erweiterte Produktion. Während die Behörden in den 10 Jahren mehr und mehr Unternehmen gegründet hätten, hätten die Unternehmen selbst ihr Produktionsvolumen durch höhere Inputs blind gesteigert. Dies habe ein landesweites Ungleichgewicht des Produktionsapparates herbeigeführt.

In dem Artikel wurden die folgenden Faktoren für die sich verschlechternde wirtschaftliche Leistung in den 10 Jahren genannt:

- Im Laufe der Wirtschaftsreformen seien falsche Maßnahmen ergriffen worden, wie z.B. die übergroße Reduktion von Steuern, um die Unternehmen in die Lage zu versetzen, größere Gewinne zu erwirtschaften. Desweiteren seien die Investitionskompetenzen auf die unteren Behörden und die Unternehmen verlagert worden; es seien auch Anstrengungen unternommen worden, durchgängige Marktpreise einzuführen. Während viele günstige Maßnahmen den Enthusiasmus der Unternehmen verstärkt hätten, habe es keine adäquate Maßnahme gegeben, um die wirtschaftliche Effizienz zu fördern.
- Defekte in der makrowirtschaftlichen und mikrowirtschaftlichen Kontrolle. Auf der Makroebene seien die staatlichen Kontrollmaßnahmen, wie beispielsweise Planung, Verteilung und Regulierung, ernsthaft durch Überzentralisierung und zu große Reduktion der Steuern gefährdet worden. Auf der Mikroebene sei das vertragliche Verantwortlichkeitssystem betont worden; wenig Anstrengungen seien indes unternommen worden, die Verwaltung zu verbessern.
- Defekte der Finanz- und Geldpolitik. Die Finanz- und Geldpolitik sollte zum Ziel haben, die wirtschaftliche Effizienz zu verbessern, doch in Wirklichkeit war diese Politik nur darauf gerichtet, die Produktion zu erhöhen.

In dem Artikel hieß es weiter, die Volksrepublik sei nun wiederum mit einer wirtschaftlichen Anpassung konfrontiert, und die zentralen Behörden würden nun wiederum die wirtschaftliche Effizienz betonen. (CD, 4.5.1990) -lou-

\*(24)

**Preisreform soll wieder beschleunigt werden**

Wie der Direktor der Staatlichen Preisverwaltung, Cheng Zhiping, mitteilte, soll die Preisreform in diesem Jahr wieder beschleunigt werden, nachdem sie in den letzten Jahren verlangsamt worden war. Im Jahre 1990 will die chinesische Regierung das irrationale Preissystem anpassen, indem der Preis bestimmter Güter leicht angehoben, während der Preis anderer Güter gesenkt werden soll.

Wie Cheng weiter mitteilte, sollen auch Anstrengungen unternommen werden, das sog. Zweigleisige Preissystem für bestimmte Materialien und Güter auslaufen zu lassen. Dieses System - mit niedrigen offiziellen Preisen und hohen Marktpreisen für ein dasselbe Gut - hat die Spekulation und das Gewinnstreben auf dem Binnenmarkt angeheizt. Es sollen Schritte unternommen werden, um die Preisreform in diesem Bereich zu beschleunigen, indem nach und nach der Abstand zwischen den beiden Preisniveaus verringert werden soll. Dennoch sollte besondere Aufmerksamkeit auf jede Preiserhöhung oder Inflation in dem Prozeß der Durchführung der Reformen gelegt werden. Wie Cheng mitteilte, habe die Regierung versprochen, den Anstieg der Einzelhandelspreise für das Jahr 1990 niedriger zu halten als den Anstieg im letzten Jahr.

Im Jahre 1990 soll der Preis für Rohöl leicht angehoben werden, um die Ölunternehmen davor zu bewahren, in die roten Zahlen zu geraten.

Im April 1990 wurden die Frachtraten für den Eisenbahntransport angehoben, nachdem im September 1989 ein Preisanstieg von 115% für den Transport auf Schiene, Wasserstraßen und in der Luft angekündigt worden war. Diese Preiserhöhungen hätten keine Gefahr für die Marktstabilität bedeutet.

Cheng erklärte, daß mehr Planung in der gegenwärtigen Korrekturphase der Wirtschaft vonnöten sei. In diesem Jahr werde die Preisverwaltung verbes-

sert. Hinzugefügt wurde, daß das Preisnetzwerk der Volksrepublik in Unordnung sei. Jedoch werde in diesem Jahr eine größere Kampagne in Gang gesetzt, um das Preissystem für Kohle, Elektrizität, Baumwolle, landwirtschaftliche Materialien sowie hinsichtlich der Gebühren im medizinischen und Erziehungsbereich zu verbessern.

Cheng teilte mit, daß das Preisindex einiger wichtiger Güter weiterhin durch den Staat bestimmt werde. Die den städtischen Bewohnern zugute kommenden Subventionen für einige Grundnahrungsmittel, darunter die rationierten Güter Getreide, Speiseöl und Schweinefleisch, werden nicht abgeschafft. Der Staatsrat forderte auch große und mittelgroße Städte auf, mit ihrer sog. Vorzugspolitik in bezug auf die Anpflanzung und den Verkauf von Gemüse fortzufahren, um plötzliche Marktschwankungen verhindern zu können. (CD, 2.5.90) -lou-

\*(25)

**Shanghais Stellung soll gestärkt werden**

Die Volksrepublik China will ihren bestehenden Sonderwirtschaftszonen eine weitere umfangreiche Bevölkerungszone als künftiges Hig-Tech- sowie Finanz- und Servicezentrum in unmittelbarer Nähe der Millionenstadt Shanghai zur Seite stellen. Als Standort dafür wurde das 350 qkm umfassende Gebiet von Pudong östlich des Huangpu-Flusses und nördlich des Chuanyang-Kanals ausersehen, das mit Gesamtkosten von umgerechnet 8 Mrd. US\$ in den nächsten 20 Jahren zu einem hochleistungsfähigen Wirtschaftsraum nach dem Vorbild von Hongkong ausgebaut werden soll.

Erläuterungen des Leiters der staatlichen Planungskommission, Zou Jiahua, zufolge wird die Entwicklung von Pudong zur größten Sonderwirtschaftszone Chinas eines der wichtigsten Vorhaben der Regierung darstellen und mithin auf jeden Fall einen hohen Stellenwert im 8.Fünffjahresplan (1991-1996) einnehmen.

Der Planungschef sieht hinter diesen Absichten die regionalpolitische Überlegung, das Schwergewicht der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas von den fünf sämtlich im Süden des Landes

gelegenen Sonderwirtschaftszonen stärker in die nördlichen Landesteile zu verlagern. Die Nähe von Shanghai als dem traditionell größten Industriezentrum Chinas würde sich dafür als der beste Lösungsansatz anbieten.

Gemäß dem bisher von der Planungskommission präsentierten Entwicklungsprogramm für Pudong steht im Mittelpunkt der ersten Planphase der Bau eines Tiefwasserhafens bei Weigaotiao (???) am Flußlauf des Yangzi im Norden des Gebiets mit einem sich anschließenden Freihafengelände und einer großflächigen Industriezone. In dieser soll Unternehmen mit Interesse an der industriellen Weiterverarbeitung später der Abschluß von langfristigen Leasing-Verträgen angeboten werden.

Projektiert ist weiterhin die Einrichtung eines zweiten internationalen Großflughafens für Shanghai, von drei größeren Wasserkraftwerken sowie die Anlegung eines dichtmaschigen Straßen- und Eisenbahnnetzes und eines Telekommunikationssystems.

Nach den Vorstellungen der Planungskommission können mit der Bereitstellung einer funktionstüchtigen Infrastruktur in Pudong die wesentlichen Voraussetzungen für eine weiterreichende Firmenansiedlung - vor allem auch unter Beteiligung ausländischer Unternehmen aus dem Hochtechnologie-, Dienstleistungs- und Finanzbereich - geschaffen werden. An die Auslandswirtschaft soll indessen, wie verlautete, schon in allernächster Zeit die Einladung ergehen, sich bereits im Planungsstadium in die Durchführung und Finanzierung des Gesamtvorhabens einzuschalten.

Gemessen an der Größe der verkündeten Zielsetzung bleiben jedoch die Vorstellungen bezüglich der Finanzierung nach Meinung von Beobachtern auffallend vage. Es sei zwar von zentralstaatlichen Hilfen die Rede und auch die Ausgabe entsprechender Obligationen werde erwogen, doch seien bislang keine Details hierzu an die Öffentlichkeit gelangt.

Dem Vernehmen nach sollen aber die äußeren Anreize geschaffen werden, daß auch solche ausländischen Unternehmen, die bereits in der Region investiert haben, zur Erschließung Pudongs beitragen. Der shanghaiere Vertreter des Hongkong Trade Develop-

ment Council, Dickson Leung, habe daran erinnert, daß die Maßnahmen zur Vergabe von Immobilienrechten erweitert werden müßten, um die Erlangung von Krediten zu erleichtern.

Aus der Bundesrepublik Deutschland läge bereits die Interessenbekundung eines Unternehmens vor, auf einem Areal von 6.000 qm eine Fabrik zur Herstellung von Getriebeteilen zu errichten. (NfA, 14.5.1990) -lou-

\*(26)

#### Energiekrise

Die Volksrepublik China ist seit Mitte der 70er Jahre in zunehmendem Maße von einer Energiekrise betroffen, obwohl China mit der Gewinnung von über 1 Mrd.t Steinkohleeinheiten (SKE; 1989) weltweit der größte Energieproduzent ist und über riesige, unerschlossene Kohlevorkommen verfügt. Die nachgewiesenen Reserven betragen rd. 700 Mrd.t. Als aufschließenbar gelten etwa 110 Mrd.t.

Aus Mangel an Brennstoffen und Elektrizität können jedoch in den industrialisierten Küstenregionen 25-40% der vorhandenen Industriekapazitäten nicht genutzt werden, d.h. die Betriebe liegen 3-4 Tage pro Woche still. Die gesamtwirtschaftlichen Verluste, die aus Mangel an Energieträgern verursacht werden, beliefen sich nach chinesischen Angaben Ende der 80er Jahre auf ca. 200 Mrd. Yuan.

Das über Jahrzehnte verfolgte energiepolitische Ziel, die Deckung des Energiebedarfs zu niedrigen Preisen zu sichern, hat in China u.a. dazu geführt, daß in erster Linie das mengenmäßige Energieangebot ausgeweitet wurde - unabhängig von den einzelwirtschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Kosten.

Diese Energiepolitik war solange umsetzbar, als das Energieangebot gesteigert werden konnte. Die wachsende Deckungslücke in der Energieversorgung jedoch sowie die aufgrund der niedrigen Energiepreise zunehmenden Verluste der energiegewinnenden Industriezweige lassen seit Ende der 70er Jahre erkennen, daß die Sicherung der zukünftigen Energieversorgung einen Wandel der Energiepolitik erfordert.

Seit den 70er Jahren sind zunehmende Ungleichgewichte zwischen Energieangebot und Energienachfrage zu verzeichnen, die sich keineswegs nur auf

eine knappe Verfügbarkeit von Energieträgern zurückführen lassen. Das Sozialprodukt Chinas wird sehr energieintensiv erstellt. Der Energieverbrauch in nahezu allen Industriebranchen, sei es in der Stromerzeugung, der Stahlerzeugung oder der Petrochemie, liegt pro Produkteinheit im Durchschnitt um 30-50% höher als in westlichen Betrieben.

Wesentliche entwicklungspolitisch bedingte Ursachen sind die sektorale Wirtschaftsstruktur mit einem vergleichsweise hohen Anteil der grundstoffintensiven Industriezweige an der Erwirtschaftung des Sozialprodukts, der hohe Energieverbrauch der zahlreichen industriellen Kleinbetriebe und die ungünstige Standortverteilung der Industrie. Maßgeblich ist ferner die niedrige Qualität der Brennstoffe. Zudem wird Energie in einzelnen Branchen und Betrieben in nicht geringem Umfange zur Produktion minderwertiger Waren und hoher Ausschußquoten vergeudet.

Für eine zentrale Planungsinstanz ist es in einer zunehmend arbeitsteiligeren Wirtschaft immer schwieriger, angesichts des komplexen Vernetzungsgrades der Güterbewegungen landesweit Angebot und Nachfrage nach Energieträgern nach Quantität, Qualität, Bedarfszeit, Bedarfsort usw. zu erfassen, aufeinander abzustimmen und einen reibungslosen und verlustfreien Transfer und Austausch zu sichern.

Die Energiepreise spielen in China bislang nur eine untergeordnete Rolle. Sie sind sowohl im Vergleich zu den Bereitstellungskosten als auch im Vergleich zu anderen Industriegüterpreisen zu niedrig und sie bieten keinen Anreiz, Energie einzusparen. Sie lösen insofern keine Substitutionsprozesse aus, und sie behindern den Ausbau neuer Energiegewinnungskapazitäten. Überall dort, wo Energiepreise eine untergeordnete Rolle spielen, oder auch dort, wo sie subventioniert werden, fehlen Anreize Energieträger ökonomisch einzusetzen. Der Energieverbrauch ist hoch und knapp, die Ressourcen werden vergeudet. Das Charakteristikum der Energiekrise Chinas ist insofern nicht die Knappheit von Energieträgern, sondern es sind systembedingte Ursachen: nur mit den Unzulänglichkeiten des Administrationssystems läßt sich der gegebene Widerspruch erklären, daß einerseits der Energiebedarf nicht gedeckt werden kann, andererseits in großem Umfange Energie vergeudet wird.

Die oberste Priorität in der zukünftigen Energiepolitik sollte deshalb bei der Energieeinsparung liegen, sowohl um eine bessere Energiebilanz zu erzielen, als auch um die negativen Auswirkungen des Energieverbrauchs - die hohe Belastung des Transportsektors, die alarmierende Kohlenstaubbelastung in den Großstädten sowie die Vergeudung knapper Ressourcen - zu reduzieren.

Sofern es nicht gelingt, konsequent den Energieverbrauch zu verringern, besteht die Gefahr, daß auch bei Realisierung der geplanten Ausweitung der Kraftwerkskapazitäten weiterhin eine erhebliche Deckungslücke auf der Nachfrageseite besteht, weil Energie weiterhin vergeudet wird. Die administrativen Lösungen zur Reduzierung des Energieverbrauchs - die Kontingentierung zugeteilter Energieträger und das auf diese Weise verordnete "Zwangssparen" - sind in der Regel weder einzelwirtschaftlich noch gesamtwirtschaftlich sinnvoll.

Wenn in den Fabriken mangels verfügbarer Energie regel- oder unregelmäßig die Produktionsanlagen stillgelegt werden müssen, findet ein übermäßiger Verschleiß der Aggregate statt, die Qualität der erzeugten Produkte sinkt und es steigt die Ausschußquote in der Produktion. Die Folge ist eine Erhöhung des direkten und indirekten Energieverbrauchs. (HB, 21.5.1990) -lou-

\*(27)

#### Nuklearenergie

Die Volksrepublik plant, den Bau von Nuklearkraftwerken zu beschleunigen, um mit der Energieknappheit des Landes fertig zu werden. Die China National Nuclear Corp. (CNNC) plant, bis zum Ende dieses Jahrhunderts Kraftwerke mit einer installierten Leistung von 6.000 Megawatt zu bauen. Bekanntlich sind bereits zwei Nuklearkraftwerke, eins in der Nähe von Shanghai und eines in der Provinz Guangdong nördlich von Hongkong, im Bau.

Der Vizepräsident der CNNC erklärte, daß das erste von Chinesen entwickelte Nuklearkraftwerk die erste Phase des 300.000 kW-Druckwasserreaktors Qinshan zu Beginn des Jahres 1991 mit der Produktion von Elektrizität beginnen wird.

Man hofft, die Entwicklung, den Bau, die Testverfahren und den Betrieb eines 600.000 kW-Druckwasserreaktors beherrschen zu können. Dieser Reaktortyp soll der Haupttyp in der Nuklearentwicklung des Landes werden.

Hoffnungen werden auch darauf gesetzt, neue Uranlagerstätten zu finden. Bislang sind mehr als 200 Lagerstätten unterschiedlicher Art entdeckt worden.

Die Entwicklung der Nuklearenergie soll in der Volksrepublik schneller vorangetrieben werden. Anstrengungen hinsichtlich der Prospektierung und Erschließung von Uran sollen im nächsten Jahrhundert gefördert werden. Das gegenwärtige Überangebot von Uran auf dem Weltmarkt, hervorgerufen durch Ölpreismäßigungen und dem negativen Effekt des Unfalls von Chernobyl, wird als vorübergehendes Phänomen angesehen.

Die Volksrepublik begann mit der Prospektierung und Erschließung von Uran im Jahre 1955. Inzwischen gibt es ausgefeilte Methoden in diesem Bereich; mehr als 70.000 Menschen arbeiten in den Erschließungsteams. (CD, 22.5.1990) -lou-

\*(28)

#### Qualitätsprüfungen bilden Konfliktstoff

Am 1. Mai 1990 wurden in der Volksrepublik neue Verordnungen über die Abwicklung von Qualitäts-, Hygiene- und Sicherheitskontrollen von Export- und Importwaren sowie in China hergestellter Produkte in Kraft gesetzt. Diese behördlichen Verordnungen haben einige Verunsicherungen unter den Firmen im China-Geschäft ausgelöst.

Die Verordnungen, die auf Fabrikinspektionen im Ausland und die Produktionsabnahme vor Ort vorsehen können, sind überdies mit einem Gebührenkatalog verbunden, womit die Kosten für die Inspektionen auf Hersteller oder Händler abgewälzt werden. Die Verordnungen, die vom Staatsrat am 31. Juli 1989 verabschiedet worden waren, tragen auf Englisch den Titel "Administrative Procedures Governing China's Import and Export Commodity Inspection Marks".

Die Vorschriften betreffen eine Neuregelung der Lizenzen aller Import- und Exportwaren, obwohl offensichtlich zunächst nur ein Katalog von neun Import-Produkten betroffen ist. Es handelt sich dabei um Kraftfahrzeuge, Motorräder, Motoren für Motorräder, Eischränke und Druckpumpen, Klimaanlage und Kompressoren, Fernseher und Fernseh-Bildröhren.

Prüfungsbestimmungen und Import-Lizenzen gab es schon bisher, wurden aber eher nach Gutdünken der lokalen Behörden angewandt. Die Prüfungsverfahren, etwa im Bildröhrenbereich für Fernsehgeräte, sind veraltet und nicht mehr für die modernen Geräte heutiger Produktion anwendbar.

Unternehmen im Exportgeschäft mit China müssen gemäß den neuen Vorschriften nunmehr Formulare der staatlichen Verwaltung für die Inspektion von Import- und Exportwaren anfordern. Dabei müssen "relevante Daten" über Produktion und Testverfahren beigefügt werden. Die Inspektionsbehörde stellt dann Hygiene-, Qualitäts- und Sicherheitszertifikate aus. Dieser Inspektionsprozeß ist mit Gebühren verbunden. Im Art. 15 der neuen Verordnungen heißt es zu den anfallenden Kosten vage: "Die Staatsverwaltung für die Inspektion von Import- und Exportwaren kann verschiedene Gebühren für die Inspektion verlangen, die sich nach dem Arbeitsaufwand und der Prüfung richten. Wenn eine Lizenz verweigert und der neue Antrag gestellt wird, müssen die Gebühren erneut bezahlt werden."

Laut Art. 11 der Vorschriften ist auch die Entsendung von Inspektionsdienst in die Fabriken der Herstellerländer zur Prüfung des Produktions- und Testverfahrens vorgesehen, also praktisch eine Produktionsabnahme vor Ort, wie sie übrigens auch von vielen deutschen Unternehmen (besonders im Textilbereich) in China unternommen wird. Ein Prüfungsprogramm dafür ist erstellt worden. Ende April und Anfang Mai 1990 ging eine Flut von Bewerbungen aus der Auto- und Elektroindustrie zur Lizenzerteilung der Importwaren ein, darunter auch welche aus der Bundesrepublik Deutschland. Drei Inspektorenteams hätten bei acht von 86 Importwaren die Lizenzvergabe verweigert.

Die Lizenzen werden unter anderem damit begründet, daß in den vergangenen Jahren zahlreiche Importartikel

Mängel aufgewiesen hätten. So seien bei 8,4% aller importierten Autos Schwachstellen bei Qualität und Sicherheit zu bemängeln gewesen, erklärte der Direktor der neuen Verwaltung, Zhu Zhenyuan. Damit wird auf Qualitätsmängel bei japanischen Autoexporten nach China verwiesen, über die die chinesische Presse in den letzten Jahren mehrfach berichtet hatte.

Die deutsche Exportwirtschaft ist besorgt, daß das ohnehin geschrumpfte Geschäft mit der Volksrepublik China durch langfristige und teure Überprüfungen von Exportwaren noch schwieriger wird. Der Bundesverband des deutschen Exporthandels, der Ostasiatische Verein und die Handelskammer Hamburg haben inzwischen das Bundeswirtschaftsministerium gebeten, sich um eine Aufhebung oder zumindest um Änderungen im Kontrollverfahren zu bemühen.

Importeure schlagen vor, daß die Bundesregierung im Gegenzug eine formale Überwachung chinesischer Lieferungen einleitet. Es gibt viele Beschwerden über mangelhafte Qualität, die von den Angaben auf Rechnungen, Konnossementen und von Inspektionszertifikaten abweichen, die in der Volksrepublik ausgestellt werden.

So wird bemängelt, daß fast jede Konservenladung, die aus der Volksrepublik kommt, beschädigt sei. Vereinbarte Wareneigenschaften würden oft nicht eingehalten.

Aus Beijing verlautet, daß auch ausländische Lieferanten Kontrollen gegen ?? gelten lassen müßten. Darauf erwiderte die deutsche Exportwirtschaft, daß die chinesischen Kunden wüßten, daß die Qualität der Lieferungen garantiert werde.

Die Warengruppen, über die Kontrollen verhängt worden sind, spielen zwar z.Z. im deutschen China-Geschäft keine große Rolle. Die Exporteure halten es jedoch für eine Grundsatzfrage, daß Ausfuhren nicht unnötig kompliziert und verteuert werden sollten. Die Prüfung soll für Kraftfahrzeuge und Motoren maximal 2,5 Monate und für andere Produkte 30 bis 75 Tage dauern. (HB, 4./5.90; FAZ, 18.4.90) -lou-

\* (29)

#### **Verschmutzungsgrad bedrohlich**

Die Volksrepublik China will in den nächsten drei Jahren Mittel in der Gesamthöhe von 30 Mrd. Yuan für den

bisher stark vernachlässigten Umweltschutz aufbringen. In der Zeit danach sollen diese Ausgaben in der geplanten Größenordnung von 0,7% des Bruttoinlandproduktes sukzessive auf eine Rate von 1% des Bruttoinlandproduktes aufgestockt werden.

Nach dem Urteil unabhängiger Umweltexperten werden die beabsichtigten Aufwendungen auch nicht annähernd dazu ausreichen, um der mittlerweile in der Volksrepublik Besorgnis erregende Dimensionen hineingewachsenen Umweltverschmutzung Einhalt zu gebieten. Einschlägigen Berechnungen zufolge wären Investitionen in Höhe von mindestens 2% des Bruttoinlandproduktes erforderlich, um wenigstens den gegenwärtigen Zustand nicht noch weiter zu verschlimmern. Für eine durchgreifende Verbesserung der Umweltbedingungen müßte nach jahrzehntelangen Versäumnissen sicherlich ein Mehrfaches der von offizieller Seite veranschlagten Beträge aufgewendet werden.

Besonders bedenkliche Ausmaße hat die Luftverschmutzung angenommen. Hier droht nach einhelliger Einschätzung schon in nächster Zeit ein "ökologisches Desaster", sobald nicht umgehend nachhaltige Bemühungen für eine effizientere Emissionskontrolle unternommen werden.

Die Hauptursache für die weit über den internationalen Toleranzgrenzen liegender Schadstoffkonzentration in der Luft stellt die Verfeuerung von jährlich ca. 1 Mrd.t hochgradig schwefelhaltiger Kohle (Anteil von 76% an der Energieerzeugung) dar, durch die in den Ballungsgebieten des Landes Extremwerte von 600-1.000 Mikrogramm Schwefeldioxyd pro Kubikmeter erreicht werden. Diesen Messungen zufolge überschreitet die Luftverschmutzung in den Städten China die von der Weltgesundheitsorganisation noch als zulässig aufgestellte Norm (60 Mikrogramm) um mindestens das Zehnfache.

Ähnlich trübe präsentiert sich die Lage im Hinblick auf die Wasserverschmutzung, an der die ungeklärte Ableitung von jährlich 38-30 Mrd.t Industrieabwasser einen entscheidenden Anteil hat. Nach wissenschaftlichen Probeuntersuchungen weisen 141 größere Flüsse in China mit einer Gesamtlänge von rd. 20.000 km einen alarmierenden Verschmutzungsgrad auf, wodurch ca. 65% der Bevölkerung von trinkbarem Wasser abgeschnitten sind.

Einen bedrohlichen Umfang angenommen hat inzwischen auch die Bodenerosion als Ergebnis der Abschwemmung von jährlich rd. 5 Mrd.t Ackerkrumme im Gefolge unwirtschaftlicher Anbaumethoden im Agrarsektor. Gleiches gilt, da in China versiegelte Mülldeponien so gut wie unbekannt sind, für die Bodenverschmutzung durch Industrie- und Haushaltsmüll vor allem in der Nähe der dicht besiedelten Agglomerationsräume. (NfA, 22.5.90) -lou-

\*(30)

#### **Kohlehafen Qinhuangdao wird aufgebaut**

Der Hafen von Qinhuangdao in der Provinz Hubei ist gegenwärtig der größte Kohlehafen des Landes. Mit dem Bau einer vierten Erweiterungsphase wird er der größte Kohlehafen der Welt werden.

Das Projekt ist von der Staatlichen Planungskommission genehmigt worden, nachdem die 3.Phase im November 1989 beendet worden war. Das Projekt schließt drei Kais mit einer Ladekapazität von 35.000 t speziell für Kohle ein. Es soll weitere 30 Mio.t an jährlicher Verladekapazität der bestehenden Verladekapazität hinzufügen.

Der Hafen von Qinhuangdao, der den größten Teil der Kohle- und Rohöltransporte Chinas durchführt, hat Kohleterminals mit einer Verladekapazität pro Jahr von 60 Mio.t. Die Kohle wird von Nordchina in die energiearmen Regionen des Ostens und Südens sowie ins Ausland transportiert.

Aus dem Ministerium für das Kommunikationswesen, das für den Land- und Wassertransport verantwortlich ist, verlautete, daß die Zentralregierung mit der Planung der 4.Phase begann, als die 3.Phase noch während des VII.Fünffjahresplanes (1986-90) im Bau war. Die 4.Bauphase soll gegen Ende dieses Jahrhunderts beendet sein. Für den Bau werden einige Fonds aus dem Ausland eingesetzt werden, um wichtige Hafen- und Verladeeinrichtungen kaufen zu können. In den letzten zehn Jahren waren in Qinhuangdao jährlich mindestens 25 Mio.t Kohle verladen worden, das sind 70% der Kohletransportmenge auf dem Wasser.

Experten bei der lokalen Hafenverwaltung erklärten, daß das Projekt neues Leben für die Küstenprovinzen bedeu-

ten werde. Die zusätzlichen Kohlelieferungen sind besonders wichtig für Shanghai sowie die Provinz Guangdong, wo die Kohle rar ist, der Verbrauch jedoch hoch.

Eine Tonne Kohle kann ca. 3.000 Yuan an industriellem Bruttoproduktionswert in Shanghai und Guangdong produzieren, das ist zehnmal so viel wie der nationale Durchschnitt.

Die Knappheit an Energie steht in scharfem Widerspruch zu der Provinz Shanxi mit einem ?? in Nordchina, die 20% der gesamten Kohle der Volksrepublik liefert. 60% des Ausstoßes in Shanxi liegt wegen begrenzter Transportmöglichkeiten in Shanxi auf Halde. Mit dem Bau einer elektrifizierten Eisenbahnstrecke, die die Provinz Shanxi mit dem Hafen von Qinhuangdao verbinden wird, würde diese Haldenproblem beseitigt werden.

Qinhuangdao ist einer der ältesten Häfen in China. Die jährliche Verladekapazität erreichte bis 1949 noch nicht einmal 1 Mio.t. (CD, 3.5.90) -lou-

\*(31)

#### Bauern sollen entlastet werden

Nach einer Mitteilung des Landwirtschaftsministeriums sind die Provinzbehörden in der Volksrepublik angewiesen worden, die Bauern von zusätzlichen Gebühren zu entlasten. Gegenwärtig müssen Chinas Bauern mehr als 10% ihres Einkommens ausgeben, um Gebühren zu zahlen, die von den örtlichen Behörden für die verschiedensten sozialen und öffentlichen Ausgaben erhoben werden. Die Zentralregierung hatte nur 5% der Einnahmen erlaubt.

21 Provinzen haben bereits Untersuchungen angestellt. In 28 Provinzen, autonomen Regionen und regierungsunmittelbaren Städten sind spezielle Agenturen errichtet worden, um die Durchführung der Politik des Staatsrates zu überwachen.

Im Jahre 1989 gaben die Bauern durchschnittlich 7,67% ihres Einkommens für solche Dinge aus wie beispielsweise Familienplanung, lokale Schulen, den Bau von Transporteinrichtungen, die Unterhaltung von Problemfamilien, Bewässerungsanlagen sowie Verwaltung. Nach Angaben des Staatsrates sind die Bauern für diese Aktivitäten verantwortlich.

Die Art der Aktivitäten, für die die Bauern belastet wurden, gingen jedoch über diese Aufgaben hinaus. Man schätzt sogar, daß die Bauern in armen Gebieten nahezu 20% ihres Einkommens auf diese Weise ausgeben müssen.

Das Ergebnis einer Untersuchung war, daß die Bauern mit 131 verschiedenen Gebühren belastet wurden. Einige dieser Gebühren seien lächerlich. So betragen beispielsweise die Heiratsgebühren in einigen Gebieten zwischen 700 oder 800 Yuan. Diese Gebühren schließen die Kosten für eine Heiratsurkunde, eine ärztliche Untersuchung (50 Yuan), eine Versicherungsgebühr für die Liebe des Ehepaares (???) sowie eine Steuer für das Töten von Schweinen, die für die Bewirtung der Gäste benötigt werden.

Im Jahre 1987 hatten die Bauern in China ein durchschnittliches jährliches Einkommen von 423 Yuan pro Person. 1989 war dieses persönliche Einkommen auf durchschnittlich 522 Yuan angestiegen.

Im Jahre 1987 mußte jeder Farmer schätzungsweise 23,8 Yuan für öffentliche Angelegenheiten oder Dienstleistungen zahlen; im Jahre 1989 waren 37,1 Yuan zu zahlen.

In wirtschaftlich entwickelten Gebieten seien Kollektivunternehmen in der Lage, einen Teil der Gebühren für die Bauern zu zahlen. In armen Gebieten könnten die Bauern jedoch die Gebühren nicht länger tragen. (CD, 25.5.1990) -lou-

---

## Taiwan

---

\*(32)

#### Die neue Formation der Regierung

Am 20.Mai wurde Li Denghui (Lee Teng-hui, 67) als 8.Präsident der Republik China gemäß der Verfassung von 1947 vereidigt. Wie bereits berichtet (C.a., März 1990, U 47, S.204), wurde er am 21.März d.J. durch die Nationalversammlung wieder in sein Amt gewählt, das er nach dem Tod seines Vorgängers Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo) im Januar 1988

übernommen hatte. Mit der Zustimmung des Gesetzgebungs Yuan ernannte er am 29.Mai General Hao Bocun (Hau Pei-tsun, 71) offiziell zum Präsidenten des Exekutiv Yuan (Ministerpräsidenten).

Vor seiner neuen Ernennung war General Hao acht Jahre lang Generalstabschef und seit letztem November Verteidigungsminister, er wurde als der starke Mann des Militärs und "Risikofaktor" für die politische Demokratisierung in Taiwan betrachtet. Als Li Denghui am 2.Mai die Ernennung Haos zum neuen Ministerpräsidenten ankündigte, löste dies eine Reihe von Protesten seitens der Studenten und Intellektuellen gegen diese Entscheidung aus. Auf dem Höhepunkt demonstrierten am 20.Mai, dem Tag der Amtsvereidigung Li Denghuis als neuer Präsident, in der Hauptstadt zehntausend Menschen mit den Parolen "Anti-Militärkabinett" und "gegen Einmischung des Militärs in die Politik". Am 29.Mai, als im Gesetzgebungs Yuan die Abstimmung über die Ernennung General Haos zum Ministerpräsidenten stattfand, herrschte in der Stadt eine chaotische Situation. Zahlreiche Autos und Häuser wurden zerstört, 30 Personen einschließlich acht Polizisten und zwei Journalisten wurden verletzt und 13 radikale Demonstranten verhaftet. Um das Gebäude des Gesetzgebungs Yuan standen starke Sicherheitstruppen großen Demonstrationen gegenüber. Im Haus stritten die Abgeordneten der Regierungspartei und die der Opposition miteinander fast den ganzen Tag lang. Es kam auch zu Handgreiflichkeiten. Zur Beruhigung der Lage wurden Polizeitruppen in den Sitzungssaal geholt. Erst nach über sieben Stunden konnte die Abstimmung zu Ende gebracht werden. Von den 228 anwesenden Abgeordneten bekam Hao 186 (81,58%) Stimmen, 27 hatten gegen ihn gestimmt. Noch am folgenden Tag wurde das neue Kabinett zusammengestellt.

Neben dem des Regierungschefs sind 11 Ministerämter neu besetzt: Außenminister Qian Fu (Fredrick Ch'ien), Verteidigungsminister Chen Li'an (Ch'en Li-an), Finanzminister Wang Jianxuan (Wang Chien-shien), Wirtschaftsminister Xiao Wanchang (Vincent Siew), Vorsitzende des Komitees für wirtschaftliche Planung und Entwicklung Frau Guo Wanrong (Shirley